

SPD-Ratsfraktion Everswinkel

zum

Haushalt 2012

Herr Bürgermeister,
meine Damen und Herren,

„obwohl der Haushalt 2012 von seinem Inhalt und Umfang her gesehen recht übersichtlich ist, gibt er uns doch einiges an Gesprächs- und Diskussionsstoff.“ Mit dieser Einschätzung, Herr Banken, haben Sie Ihre Rede zur Einbringung des Entwurfs der Haushaltssatzung 2012 in den Rat der Gemeinde Everswinkel begonnen. Diese Bewertung ist einerseits sicherlich völlig richtig, da wir uns im Jahr 2012 im Bereich der Ausgaben auf das absolut Notwendigste, nämlich Investitionen in das Projekt Verbundschule sowie die Pflege der vorhandenen Infrastruktur beschränken. Soweit, so gut! Denn damit kommen Sie einer seit Jahren erhobenen Forderung der SPD-Fraktion nach. Es wird sie nicht verwundern, dass wir Sie in diesem Bestreben unterstützen. Aber, meine Damen und Herren, das Andererseits folgt gleich auf dem Fuße. Die Einnahmeseite unseres Haushaltes 2012 ist nicht so übersichtlich und planbar wie die Ausgabeseite. Wir leben hier mit dem Prinzip Hoffnung. Die Haushalte aller staatlichen Ebenen gehen von einer weiteren positiven wirtschaftlichen Entwicklung mit entsprechenden Steuereinnahmen aus. Wir auch! Aber, meine Damen und Herren, was ist, wenn sich diese Annahmen als Illusion herausstellen? Zumindest für den Zeitraum der mittelfristigen Finanzaufzahlung sehe ich dann riesen Probleme auf uns zukommen. Zumal wir dann kaum noch Möglichkeiten haben, gegenzu-

steuern. Denn die Fehler haben wir in den vergangenen Jahren gemacht. Wir haben uns Projekte geleistet, z.B. den Umbau der Tennishalle, die schon in der Investitionssumme viel zu hoch waren und deren Folgekosten uns noch Jahrzehnte begleiten. Dies, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist keine Schwarzmalerei, sondern ich sehe es als unsere Verpflichtung an, den Fokus der Aufmerksamkeit auch auf dieses mögliche Szenario der Entwicklung zu richten.

Lassen Sie mich nun, meine Damen und Herren, zu den Eckdaten des Haushaltsplanentwurfs 2012 kommen.

Der Ergebnisplan schließt mit einem Fehlbedarf von 1,8 Millionen Euro ab. Dieser kann jedoch durch die noch zur Verfügung stehende Ausgleichsrücklage ausgeglichen werden. Das ist nicht toll, aber auf dem Hintergrund der Projekte, die wir uns in den vergangenen Jahren geleistet haben, passabel. Hinzu kommt, dass die Ausgabensteigerung im Ergebnisplan überwiegend auf die erhöhte Kreisumlage und auf die absolut notwendige Steigerung der Kosten für den Unterhaltungsaufwand unserer Gebäude und Straßen zurückgeht. Auch die erhöhten Planungskosten, z.B. für den Bebauungsplan Sondergebiet Landwirtschaft, sind absolut notwendig. Auch der Finanzplan, meine Damen und Herren, weist eine erhebliche Lücke von 2,8 Millionen Euro auf. Und das, obwohl keine neuen Projekte finanziert werden. Glücklicherweise können wir den Finanzplan ebenfalls ausgleichen, da wir noch über genügend vorhandene liquide Mittel verfügen. Auf diesem Hintergrund hat der Bürgermeister zu Recht in seiner Einbringungsrede darauf hingewiesen, dass die Kommunen nach wie vor strukturell unterfinanziert sind. Das liegt einerseits daran, dass nach wie vor die finanziellen Auswirkungen staatlicher Verpflichtungen vom Bund auf das Land und vom Land auf die Kommunen

verlagert werden. Dieses verrückte Schwarze-Peter-Spiel muss endlich beendet werden, und zwar dadurch, dass die ebenfalls strukturell unterfinanzierten Haushalte von Bund und Land durch eine vernünftige und gerechte Steuerpolitik in die Lage versetzt werden, ihre Aufgaben sachgerecht wahrzunehmen. Dazu gehört meines Erachtens eine deutliche Erhöhung des Spitzensteuersatzes bei der Einkommensteuer, die Wiedereinführung der Vermögenssteuer und eine ergiebiger Handhabung der Erbschaftssteuer. Ich weiß sehr wohl, dass diese Mängel im Steuersystem auch auf falsche Entscheidungen der damaligen SPD-geführten Bundesregierung zurückgehen. Aber, meine Damen und Herren, Fehler kann man korrigieren, wenn man den Mut hat, dazu zu stehen.

Ich komme nun von der „großen Steuerpolitik“, die uns ja auch direkt tangiert, da wir durch die Beteiligung an der Einkommensteuer im Jahre 2011 einen Betrag von 3,3 Millionen Euro erzielt haben, zu unserer kommunalen Steuer. Die Hebesätze der Grundsteuer A und B sowie der Gewerbesteuer sind letztmalig im Jahre 2003 erhöht worden. Damals wie heute hat das Land Nordrhein-Westfalen die fiktiven Realsteuerhebesätze angepasst. Der Bürgermeister spricht in diesem Zusammenhang süffisant von einem Geschenk der Landesregierung an uns. Ich denke aber, es ist tatsächlich so etwas wie ein Geschenk, weil nicht nur einzelne Menschen, sondern auch Gemeinde- und Gemeindeverbände manchmal zu ihrem Glück gezwungen werden müssen. Es kann nicht angehen, dass eine Gemeinde ihre eigenen Einnahmen künstlich niedrig hält und dadurch möglicherweise erhöhte Ansprüche an die Finanzierung durch das Land zu stellen. Darüber hinaus ist es auch nicht redlich, sich durch niedrigere Steuersätze Vorteile im Wettbewerb mit anderen Gemeinden zu verschaffen. Außerdem konnten wir uns das Nichtanpassen der Steuern an die fiktiven Hebesätze schon 2003 nicht erlauben.

Wir hätten dann auf gut 1,5 Millionen Euro verzichtet und wären heute möglicherweise schon in der Haushaltssicherung. Ähnlich stellt sich die Situation für 2012 dar: Nachdem wir für das Jahr 2011 auf die Erhöhung unserer Realsteuern verzichtet haben, da die Anhebung der fiktiven Realsteuer-Hebesätze erst nach der Verabschiedung unseres Haushaltes bekannt wurde, ist es nun an der Zeit, das nachzuholen. Wir können auf die 160.000,00 € im Jahr 2012 und die knapp 600.000,00 € im Finanzplanungszeitraum nicht verzichten. Hinzu kommt, dass es sich bei der Erhöhung um eine sehr moderate Steigerung handelt. So zahlt z.B. ein Eigenheimbesitzer im Jahr 24,00 € mehr Grundsteuer B. Das ist letztlich zu leisten und durch diese erhöhten Steuersätze fällt niemand in die Armut. Aber, meine Damen und Herren, die Gemeinde Everswinkel mit ihren vielfältigen Aufgaben und Leistungen für die Bürger käme ohne diese zusätzlichen Mittel arg in Verlegenheit. Deshalb ist es für mich auch absolut unverständlich, wie schon 2003, dass die FDP sich wieder einmal aus der Verantwortung stiehlt. Sie sagt ein klares Nein zur Steuererhöhung und begründet das folgendermaßen:

Zitat Westfälische Nachrichten vom 01. Dezember 2011

Solange wir aber alle Ausgaben aus vorhandenen Mitteln decken können, brauchen wir keine Steuererhöhungen. Es kann nämlich nicht sein, dass immer nur der kleine Mann und die Gewerbetreibenden zur Kasse gebeten werden.

Meine Damen und Herren, das heißt in der Konsequenz: Die FDP wird der Erhöhung der gemeindlichen Steuern möglicherweise erst dann zustimmen, wenn die vorhandenen Mittel nicht mehr ausreichen. Das heißt: Wenn wir in der Haushaltssicherung sind. Das kann doch wohl nicht wahr sein, das ist unverantwortlich. Die FDP nimmt mit diesem Be-

schluss die kommunalpolitische Handlungsunfähigkeit der Gemeinde Everswinkel billigend in Kauf. Aber, die FDP wäre nicht die FDP, wenn sie nicht von vornherein einkalkuliert hätte, dass andere da sind, die die Verantwortung für diese sicherlich nicht sonderlich populäre Entscheidung auf sich nehmen und damit sichergestellt ist, dass der Haushalt der Gemeinde Everswinkel nicht vor die Wand gefahren wird. Auch erstaunt es, dass die FDP in der Gemeinde Everswinkel jetzt plötzlich den kleinen Mann entdeckt hat. Auf Bundesebene war es ja bislang so, dass die FDP mit Steuergeschenken die kleinen Hotelkonzerne unterstützt hat und der grandiose Gesundheitsminister als erste Amtshandlung den notleidenden und am Hungertuch nagenden Zahnärzten eine kräftige Honorarerhöhung verpasst hat.

Meine Damen und Herren,

es ist alles plump und durchschaubar, und niemand nimmt ihnen die Mutation von der Partei der Besserverdienenden zum Beschützer der Mühseligen und Beladenen ab.

Meine Damen und Herren,

mit der Erhöhung der fiktiven Realsteuer-Hebesätze habe ich ja schon einen Aspekt der Einflussgrößen, die vom Land kommen, behandelt. Wesentlich bedeutsamer ist jedoch die Fassung des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2012, das mit einem Volumen von 8,2 Milliarden Euro die höchste Summe an gemeindlicher Förderung in der Geschichte des Landes Nordrhein-Westfalen darstellt. Dass wir in Everswinkel davon nicht profitieren, hängt nicht mit der Bösartigkeit der neuen Landesregierung zusammen, sondern damit, dass wir finanzstarke Gemeinde sind. Als unverdächtigen Zeugen hierfür möchte ich Landrat Dr. Olaf Gehricke zitieren, der im Kontext der Senkung der Kreisumlage gesagt hat, das ...

„liegt an der ungeheueren und erfreulichen Finanzstärke der Gemeinde“. Gemeint war damit Everswinkel. Bürgermeister Banken selbst hat in seiner Einbringungsrede nicht ganz so enthusiastisch, aber in der Auswirkung Ähnliches gesagt. Zitat: *„Als gut kann man unsere finanzielle Situation bestimmt nicht bezeichnen. Schlecht, meine Damen und Herren, schlecht ist sie aber auch nicht. Und, wenn man das bedenkt, dann können wir, verglichen mit der Lage in der kommunalen Familie, noch einigermaßen zufrieden sein und auf unserem Kurs fortfahren.*

Das, meine Damen und Herren, ist eine seriöse und zutreffende Einschätzung unserer Haushaltssituation, die wir auch als SPD-Fraktion bedenkenlos unterschreiben können.

Wie ist es nun dazu gekommen, dass die Gemeinde Everswinkel von 2011 an wohl keine Schlüsselzuweisungen mehr erhalten wird? Angefangen hat alles damit, dass die ehemalige CDU-/FDP-Landesregierung im Jahre 2008 trotz eindeutiger Weisung des Landesverfassungsgerichts keine Grunddatenanpassung vorgenommen hat. Diese Daten sind die Grundlage für die Berechnung der Bedarfe der Städte und Gemeinden. Dass dabei der so genannte Soziallasten-Ansatz der Hauptindikator ist, ist glaube ich selbstverständlich. Ich halte es auch für richtig, dass Städte und Gemeinden mit einem überproportional hohen Soziallasten-Ansatz bei der Berechnung der Schlüsselzuweisungen einen größeren Teil des Kuchens abbekommen.

Meine Damen und Herren, wenn das von Kommunen und Ländern erreichte Einvernehmen mit dem Bund, nämlich, dass dieser die Kosten für Grundsicherung übernimmt, umgesetzt wird, ergibt sich sicherlich auch für uns eine echte Entlastung. Eine weitere Initiative des Landes zur Hilfe

für besonders belastete Kommunen ist der Stärkungspakt Stadtfinanzen. Gemäß dem Prinzip „Fördern und Fordern“ sollen die teilnehmenden Städte und Gemeinden bis 2020 finanziell wieder auf eigenen Beinen stehen können. Erfreulich ist in diesem Zusammenhang, dass die FDP-Landtagsfraktion sich zur Unterstützung dieses Projektes entschlossen hat und wohl auch bereit ist, den Landeshaushalt mitzutragen. Ob diese Wandlung vom Saulus zum Paulus sachliche Gründe hat oder ob es nur darum geht, mögliche Neuwahlen zu verhindern, vermag ich abschließend nicht zu beurteilen. Wichtig ist, dass diese bedeutsame Initiative der nordrhein-westfälischen Landesregierung eine Mehrheit im Parlament findet.

Zur Kreisumlage kann man in diesem Jahr wieder nur Erfreuliches berichten. Die Senkung von 40,1 auf 36,4 %-Punkte ergibt eine Nettoentlastung gegenüber 2011 von rund 5 Millionen Euro. Das ist eine Leistung des Kreises Warendorf, die Respekt und Anerkennung verdient. Noch ungeklärt ist die Höhe der Landschaftsverband-Umlage, welche Auswirkungen das auf den Kreis und den Gemeindehaushalt hat.

Bei der Bewertung und Beurteilung eines Haushaltsplanentwurfs macht es auch Sinn, sich den Verlauf des derzeitigen Haushaltsjahres anzuschauen. Im Ergebnisplan haben wir mit einem 800.000,00 €-Defizit gerechnet. Hinzu kamen ungeplant 750.000,00 € fehlende Schlüsselzuweisungen, aber dann deutlich mehr Einkommensteuer und Gewerbesteuer als eingeplant, so dass laut Auskunft des Bürgermeisters es in der Jahresrechnung 2011 fast einen ausgeglichenen Haushalt geben wird. Ein ähnliches Bild im Finanzplan: Auch hier werden wir durch verschiedene Faktoren begünstigt, womit wir den Finanzplan fast ausgleichen können. Der Bürgermeister meinte dazu: Das ist ein schönes Ergebnis. Dazu fällt

mir die Anekdote von dem Gastwirt ein, der sich grundsätzlich bei der Abrechnung des Bierdeckels verrechnete, aber nie zu seinen Ungunsten. Meine Damen und Herren, aber das gibt es natürlich bei uns in Everswinkel nicht, weder in der Kämmerei, noch in der Gastwirtschaft.

Meine Damen und Herren,

ich komme nun zum Resümée und ich denke, es wird sie nicht überraschen, der Haushaltsplanentwurf des Jahres 2011 wird von der SPD-Fraktion mitgetragen.

Erstens: Weil der vorgelegte Haushaltsplanentwurf keine neuen kosten-trächtigen Projekte vorsieht, sondern sich auf den Erhalt der Infrastruktur beschränkt.

Zweitens: Weil das erfolgreiche Projekt Verbundschule ohne Einschränkungen weiterverfolgt wird.

Drittens: Weil der Haushaltsplanentwurf die absolut notwendige moderate Erhöhung der gemeindlichen Steuern vorsieht.

Viertens: Weil der Haushaltsplan 2012 Planungskosten für den Bebauungsplan Sondergebiet Landwirtschaft sowie Stärkung des Ortskerns und für die Entlastung der Nord-Süd-Achse vorsieht.

Herr Bürgermeister,
meine Damen und Herren,

das war in Kurzform die Begründung unserer Fraktion für die Zustimmung zum Haushaltsplanentwurf. Begeisterung hört sich anders an, aber wir nehmen unsere Verantwortung wahr.

Nun noch einige ganz kurze Anmerkungen zu einigen wenigen wichtigen Projekten und Haushaltspositionen:

Unser erfolgreiches Projekt Verbundschule geht planmäßig weiter. Auch nach dem erfreulichen Schulkonsens in Düsseldorf können wir die weitere Entwicklung in Ruhe abwarten. Ich denke, wir in Everswinkel können uns auch als Wegbereiter dieser Entwicklung fühlen.

Eine wichtige Zukunftsaufgabe ist die Stärkung und Attraktivierung unseres Ortskerns. Dazu gehören einerseits die Reduzierung der verkehrlichen Belastungen auf der Nord-Süd-Achse und ganz sicher auch die Sicherung des Lebensmittelstandortes an der Bergstraße. Die für diese Zwecke eingestellten Kosten unterstützt die SPD-Ratsfraktion ganz ausdrücklich. Auch finden wir „das Verfahren“ zur Bürgerbeteiligung in Bezug auf die Lebensmittelversorgung in Everswinkel richtig und angebracht. Wir denken, die weitere Entwicklung muss so gestaltet werden, dass in jedem Fall der Lebensmittel-Vollsortimente an der Bergstraße verbleibt.

Die Anschaffung der neuen Fahrzeuge für die Feuerwehr ist gerade in dieser Zeit eine echte Hypothek. Aber, was sein muss, muss sein, deswegen tragen wir auch diese bedeutende Ausgabe mit. Der Bau altersgerechter Wohnungen auf dem Grundstück des alten Krankenhauses ist ein Extragewinn für Everswinkel. Nachdem jetzt Bedingungen geschaf-

fen worden sind, die auch allen Nachbarn gerecht werden, findet dieses Projekt unsere ungeteilte Zustimmung.

Weiterhin die ungekürzten Zuschüsse für Vereine, Verbände und Ehrenamtliche findet unsere ungeteilte Zustimmung. Diese Aktivitäten prägen das gemeindliche Zusammenleben in Everswinkel auf eine sehr positive Art und Weise und machen einen wesentlichen Teil der Lebensqualität in unserem Dorf aus.

Mein herzliches Dankeschön an alle ehrenamtlich Tätigen.

Bedanken möchte ich mich auch bei allen in der Verwaltung, die diesen umfangreichen Haushaltsplanentwurf erstellt haben. Mein besonderer Dank gilt natürlich Frau Bürgerin.

Meine Damen und Herren, das Haushaltsjahr 2012 und die darauffolgenden Jahre werden spannend, vor allem deshalb, weil wir nicht wissen, ob die eingeplanten positiven wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und die damit einhergehenden Steuereinnahmen auch tatsächlich so realisiert werden können, wie wir das in unserem Haushaltsplan und in der mittelfristigen Finanzplanung vorgesehen haben.

Des Weiteren wünsche ich mir, wie ich das schon in meiner Haushaltsrede 2010 formuliert habe, konstruktive Zusammenarbeit und Fähigkeit, dann und wann auch einmal über den eigenen Schatten zu springen. Das habe ich in der letzten Planungsausschusssitzung von CDU und FDP vermisst, als wir den Antrag gestellt haben, einen Prüfauftrag über die Kosten der partiellen Beleuchtung des Radweges nach Alverskirchen an die Verwaltung zu vergeben. Nun ja, meine Damen und Herren, ich

will das nicht zu hoch hängen, und vielleicht klappts ja mit dem Über-den-eigenen-Schatten-springen ein andermal.

Meine Damen und Herren,

jetzt bin ich auch am Schluss. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit und Geduld.